

Erinnerungsmail vom 30.09.2019

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende, sehr geehrte sozial- und jugendpolitische Sprecher*innen der Parteien!

Da Sie bis jetzt noch nicht auf unsere Mail vom 03.09.2019 reagiert haben, möchten wir Ihnen hiermit unsere Stellungnahme (siehe Anhang) nochmals in Erinnerung rufen. Aufgrund der auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen gegebenen Brisanz des Themas erwarten wir eine erste Reaktion Ihrerseits bis zum 10. Oktober 2019. Gerne kommen wir aber auch inhaltlich mit Ihnen zu der Thematik ins Gespräch. An dieser Stelle möchten wir auch schon darauf hinweisen, dass wir am 19.11.19 von 18:00 - 21:00 Uhr einen Fachabend im DGB Haus zu diesem Thema planen.

Seit langem beobachten wir Bremer SozialarbeiterInnen, wie die Sozialpolitik der Landesregierung durch eine absolut ungenügende Finanzierung der präventiv wirkenden und die Lebensverhältnisse stabilisierenden Einrichtungen die grundlegenden Handlungsmaximen und die Standards Sozialer Arbeit immer weiter unterhöhlt. So wird nicht der immer wieder betonte Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert, sondern die Spaltung der Stadt zementiert.

Gemeinsam ist all diesen gesellschaftlich so wichtigen Einrichtungen in der offenen Jugendarbeit, in der Drogenhilfe, in der Altenarbeit und in vielen anderen Bereichen, dass sie überwiegend über den sogenannten "ZUWENDUNGSBEREICH" finanziert werden. Dieser in den zurückliegenden 15 Jahren vollständig privatisierte Bereich wird in Unkenntnis der Gesetzeslage und der sozialarbeiterischen Notwendigkeiten immer wieder als „freiwillige Leistung“ dargestellt, was eine ungenügende Finanzierung erleichtert und zur Abwertung beiträgt.

Im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen appellieren wir an Sie

- * zuwendungsfinanzierte, präventive Pflichtaufgaben mit einer auskömmlichen und dauerhaften Regel- und Grundfinanzierung zu stärken!
- * eine grundlegende Wende und Neuorientierung in wichtigen Feldern der Sozialen Arbeit in Bremen einzuleiten, die die im beiliegenden Dokument benannten Fehlentwicklungen in Bremen systematisch in den Blick nimmt !
- * dafür perspektivisch auch die Einsetzung einer Enquetekommission, wie in Hamburg (siehe LINK unten) sehr erfolgreich parteiübergreifend umgesetzt, in die Wege zu leiten !
- * sich im Rahmen der laufenden Reformbemühungen des SGB VIII im Bundesfamilienministerium, bzw. über den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Struktur – und Handlungsmaximen der sog. "Lebensweltorientierung" (vgl. Hans Thiersch u.a.) weiterhin das zentrale Paradigma, die fachliche Grundlage der Sozialen Arbeit bleibt.

SozialarbeiterInnen im Bremer Bündnis Soziale Arbeit und im Bündnis 30% mehr Zukunft für die Jugendförderung

i.A. Rodolfo Bohnenberger

<https://bremerbuenndnissozialearbeit.jimdo.com/>

<https://www.facebook.com/MehrZukunft>

LINK zum Abschlussbericht der Hamburger Enquetekommission:

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/65251/bericht_der_enquete_kommission_kinderschutz_und_kinderrechte_weiter_staerken_ueberpruefung_weiterentwicklung_umsetzung_und_einhaltung_gesetzlicher_gru.pdf